

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/025(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 07.11.2006	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	20:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationen
- 6.1 Vorstellung der Angebote (wie z. B. Suppenküchen, Kleiderkammern, Kontaktcafes...) für sozial benachteiligte Menschen auf dem Hintergrund der Armutsentwicklung in Magdeburg. Teilnehmen werden AQB Magdeburg (Frau Fahtz), DRK Magdeburg (Frau Wolpin) und der Caritasverband (Frau Bornholdt).
- 6.2 Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zur gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2005
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Rink, Johannes

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Schumann, Carola

Geschäftsführung

Beier, Editha

Ponitka, Heike

Köppe, Yvonne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Heinemann, Klaus

Siedentopf, Uta

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßt alle Anwesenden und Gäste und eröffnet die Sitzung.

Frau Huhn stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 10.10.2006 wird bestätigt.

Abstimmung: 3 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Zur öffentlichen Sprechstunde kamen Frau Uta Isensee mit ihrer Tochter Sandra. Frau Isensee richtet sich mit der Bitte um Unterstützung an den Ausschuss. Sie berichtet, dass sie selbst sowie auch ihre Kinder vor 3 Jahren Opfer der Gewalt ihres zwischenzeitlich inhaftierten Mannes wurden. Seit der Verhaftung ihres Mannes leidet die Familie unter erheblichen finanziellen Einbußen. Ihre Tochter Sandra macht gerade eine Ausbildung zur Medizinisch-Technischen Assistentin. Zurzeit bekommt Frau Isensee laut ihrer Aussage 960,- Euro monatlich. Sie sagt, dass sie in finanziellen Schwierigkeiten ist und nicht mehr weiß, wie sie die Ausbildung ihrer Tochter Sandra bezahlen soll.

Frau Huhn fragt bei Frau Isensee nach, ob sie denn schon im Amt für Gleichstellungsfragen war, um sich dort Rat oder Hilfe zu holen.

Dies verneint Frau Isensee.

Frau Ponitka bietet an, kurz einen Termin für einen Beratungstermin zu vereinbaren.

Frau Isensee bedankt sich herzlich für die Anhörung und den Vorschlag einen Termin zu vereinbaren. Sie sowie ihre Tochter verabschieden sich von den Anwesenden. Frau Ponitka stimmt kurz einen Termin mit der Familie ab.

In der nächsten Ausschusssitzung wird es eine kurze Info über den Fortgang des Anliegens geben.

5. Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

6. Informationen

- 6.1. Vorstellung der Angebote (wie z. B. Suppenküchen, Kleiderkammern, Kontaktcafes...) für sozial benachteiligte Menschen auf dem Hintergrund der Armutsentwicklung in Magdeburg. Teilnehmen werden AQB Magdeburg (Frau Fahtz), DRK Magdeburg (Frau Wolpin) und der Caritasverband (Frau Bornholdt).
-

Frau Huhn gibt nun das Wort an Frau Fahtz (AQB Magdeburg) weiter.

Frau Fahtz informiert kurz über die Arbeit der AQB in Magdeburg:

- die AQB ist seit 15 Jahren tätig
- Beschäftigung von arbeitslosen MagdeburgerInnen im Bereich Soziales
- Gründung der Magdeburger Tafel in Buckau im Oktober 1997
- seit Frühjahr 2006 zweite Ausgabestelle in Olvenstedt

- Es gibt bereits 610 „Tafeln“ in Deutschland.
- Träger der „Magdeburger Tafel“ ist die AQB.
- Hier essen Kinder bis 12 Jahren jede Mahlzeit kostenlos.
- Bedürftigkeitsnachweis muss von den BürgerInnen erbracht werden
- der Bedarf wächst ständig
- in Buckau kommen täglich bis zu 80 Personen zum Essen
- ca. 75 Personen sind es zum Frühstück
- täglich werden ca. 90-100 Beutel mit Lebensmittel verteilt
- ca. 25 Personen kommen zum Abendessen
- Einrichtung eines „Kontaktcafes“ in Olvenstedt

- Es gibt zwei Secondhandshops in Magdeburg.
- Hierher kommen pro Tag zwischen 15 und 20 KundInnen.

- Auch ein Wertstoffhof wird von der AQB betrieben.
- Hier werden gebrauchte Möbel aufgearbeitet und zu günstigen Preisen angeboten. Dieses Angebot gilt jedoch nur für Bedürftige.

- Seit April 2005 läuft ein Pilotprojekt für Bürger ohne festen Wohnsitz. Ziel ist es 8 % bis 10 % von 100 BürgerInnen wieder in „Soziale Bahnen“ zu bringen. Die AQB hat es geschafft, 50 % der Menschen zu helfen. Sie leben jetzt in einer Wohnung und haben ein eigenes Konto.
- Ein neues Projekt wird eine „WG für Obdachlose“ sein. Hier wohnen und leben Obdachlose unter Betreuung zusammen und lernen wieder selbständig zu wirtschaften, ihre Wohnung sauber zu halten usw. Dann erfolgt der Umzug in eine eigene Wohnung. Dies soll eigentlich ein Modell für Haftentlassene sein. Etwas vergleichbares gibt es in Magdeburg bisher noch nicht.

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Fahtz für die aufschlussreichen Informationen und gibt das Wort an das DRK Magdeburg weiter.

Zuerst spricht Herr Piel vom DRK Magdeburg:

- Die Besonderheit beim DRK ist, dass sich drei Personen die Aufgaben eines Geschäftsführers ehrenamtlich teilen.
- Es gibt in Magdeburg zwei Einrichtungen für Senioren. Diese befinden sich in Rothensee und Alt Olvenstedt.
- Ein schwerwiegendes Problem ist die zunehmende Altersarmut.
- Herr Piel hat zwei Anliegen:
 1. Zu jedem Anfang eines Jahres fließen die dringend benötigten finanziellen Mittel sehr zähe zu den Verbänden und verursachen dadurch große finanzielle Schwierigkeiten. Ein möglicher Vorschlag zur Abhilfe wäre das Abschließen von Leistungsverträgen zwischen den Wohlfahrtsverbänden und der Landeshauptstadt Magdeburg.
 2. Seit dem 01.06.2006 gibt es eine Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg, in welcher Gebühren für die Nutzung von Flächen der LH Magdeburg zur Aufstellung von Kleiderboxen erhoben werden. Es handelt sich hier um 39,95 Euro im Jahr und pro Kleiderbox. Herr Piel vertritt die Meinung, dass hier eine Differenzierung zwischen Gewerbe und Gemeinnützigkeit erfolgen sollte.

Frau Huhn äußert zum ersten Anliegen, dass es sehr schwierig ist die Zahlungen zum Jahresbeginn voran zu treiben und dass viele Verbände diese Probleme haben. Auch das Thema „Kleiderboxen“ Bedarf einer Diskussion.

Herr Rink spricht sich für eine Differenzierung zum Thema „Kleiderboxen“ aus.

Frau Paqué äußert, dass sie oft auf übervolle Container der DRK trifft und kann durchaus nachvollziehen, welches Ziel die Landeshauptstadt Magdeburg mit einer entsprechenden Satzung erreichen möchte.

Herr Dr. Hildebrand ist ebenfalls für eine Differenzierung und findet hierzu eine Überprüfung der Anzahl der Container, um die es letztlich geht, für sinnvoll.

Abschließend dazu wird festgelegt, dass jedes Ausschussmitglied dieses Thema in seiner Fraktion noch einmal diskutiert, um dann über einen eventuellen Antrag erneut im FuG-Ausschusssitzung zu diskutieren.

Nun erhält Frau Wolpin vom DRK das Wort. Sie informiert kurz über die Arbeit des DRK in Magdeburg:

- Die Suppenküche und die Kleiderkammer befinden sich in der Kroatenwuhne.
- Auch hier müssen die Nachweise der Bedürftigkeit von den BürgerInnen erbracht werden.
- Hier sind zwei MitarbeiterInnen beschäftigt.
- In der Suppenküche essen täglich ca. 15 Personen Frühstück.
- Mittags sind es 20 bis 40 Personen.
- Frühstück kostet 20 Cent und für ein Mittagessen zahlt man 70 Cent bis 1 Euro.
- Festzustellen ist, dass früher alleinstehende Frauen und Männer dort hin kamen und mittlerweile viele Familien die Angebote des DRK wahrnehmen.
- **Auch die Bezahlung von Fahrscheinen ist für die Bedürftigen ein sehr großes Problem!!!**
- Das DRK hat zwei feste Spender für Lebensmittel, die an die Bedürftigen verteilt werden. Wenn diese nicht reichen, kauft das DRK noch Lebensmittel ein.
- In der Kleiderkammer kann einmal pro Woche ein Mitglied einer Familie kostenlos eingekleidet werden.
- Der Rot-Kreuz-Shop befindet sich im Breiten Weg 19a.

Frau Wolpin (DRK) sagt auch, dass viele Märkte ihre Lebensmittel an die „Tafel“ weitergeben und äußern, dass sie an die „Tafel“ gebunden sind.

Frau Fahtz (AQB) antwortet darauf, dass sich lediglich die Metro-Gruppe in eine Selbstverpflichtung gegenüber der „Tafel“ begeben hat. Dies erfolgte freiwillig. Bei vielen kleinen Märkten kann verhandelt werden.

Frau Paqué sagt, dass durch diese Diskussion durchaus der Eindruck entstehen kann, dass kleine gemeinnützige Vereine und Verbände eventuell aus dem Wettbewerb gedrängt werden könnten.

Herr Pischner fragt, ob die Einrichtungen der AQB und des DRK barrierefrei sind, also für jeden Behinderten frei zugänglich?!

Herr Piel (DRK) antwortet, dass die Einrichtungen des DRK behindertengerecht, also barrierefrei sind.

Frau Fahtz (AQB) antwortet, dass bis bei den Toiletten die Barrierefreiheit in den Einrichtungen gegeben ist.

Frau Huhn bedankt sich für die Ausführungen des DRK und für die rege Diskussion.

Als nächstes gibt Frau Bornholdt vom Caritas Verband Magdeburg kurze Infos zu den Aufgaben des Verbandes:

- Die ökumenische Bahnhofsmision am Magdeburger Hauptbahnhof gibt es seit 1992 und wurde kürzlich neu eingerichtet.
- Angeboten werden hier:
 - Reiseservice
 - Versorgung sozial benachteiligter Menschen
 - Frühstück und Abendessen
 - Soziale Beratung
 - Begleitdienste zu Behörden oder Beratungsstellen (z. B. Drogenberatung)
- Die MitarbeiterInnen sind über ALG-II-Maßnahmen vermittelt worden.
- Die Öffnungszeiten sind täglich von 06.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

- Die Suppenküche, auch gleichzeitig Kontaktcafé, befindet sich in Cracau im „Mutter-Theresa-Haus“.
- Versorgung mit warmen Essen über Kolping-Lernküche
- Hier kann man sowohl Abendessen als auch Duschen.
- Waschautomaten stehen zur Verfügung
- Die Kleidung kann gewaschen und repariert werden.
- auch hier soziale Beratung
- zunehmend kommen immer mehr Mütter mit Kindern ins Café
- es werden Lebensmittelpakete an die Mütter verteilt, damit sie eine Wochenendversorgung bekommen
- In das Kontaktcafé ist die Kleiderkammer integriert.
- Auch hier sind die MitarbeiterInnen über ALG-II-Maßnahmen vermittelt worden.
- es gibt viele ehrenamtliche MitarbeiterInnen
- täglich von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet
- am Wochenende und an Feiertagen ab 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
- Mittagessen bekommt man für 50 Cent
- Frühstück und Abendessen für 30 Cent
- Lebensmittel kommen von privaten Spendern

Frau Paqué fragt, wie viele Personen täglich in das Kontaktcafé kommen?.

Frau Bornholdt (Caritas) sagt, ca. 60 Personen höchstens aber 90-100 Personen täglich. Viele knüpfen dadurch soziale Kontakte. Es ist aber deutlich zu spüren und zu sehen, dass eine Vielzahl der Leute „Schwellenangst“ haben.

Herr Pischner fragt, ob auch hier die Bedürftigen den Nachweis auf Anspruch dieser Hilfen bringen müssen?.

Frau Bornholdt sagt, dass prinzipiell der Nachweis erbracht werden muss, aber niemand wieder weggeschickt wird. Schließlich handelt es sich hier um eine kirchliche Einrichtung.

Herr Dr. Hildebrand fragt, in welchen Stadtteilen es noch Bedarf an Einrichtungen besteht?.

Es wird festgestellt, dass es verstärkt in Reform und in Neue Neustadt Bedarf gibt.

Herr Piel (DRK) sagt, dass die ALG-II-EmpfängerInnen am Anfang oft mittellos sind und keine finanzielle Unterstützung bekommen. Dadurch geraten viele in die Schuldenfalle. Der Bedarf an Unterstützung (Möbel, Geräte, Lebensmittel) wird immer mehr steigen. Ein Vorschlag ist, Möbelkammern einzurichten.

Frau Fahtz (AQB) kann das nur bestätigen. Der Wertstoffhof ist sehr gut ausgelastet und der Bedarf nicht stetig zu. Es kommen immer Familien und Studenten.

Herr Dr. Hildebrand wird bei der nächsten Möglichkeit das Problem zur finanziellen Situation der ALG-II-EmpfängerInnen bei der ARGE ansprechen und dann in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten. Er sagt auch, dass die Betroffenen mehr Unterstützung brauchen, um Gesetze voll auszuschöpfen. Die BürgerInnen haben nicht nur Pflichten sondern auch viele Rechte, die es zu wahren gilt.

Herr Pischner fragt an, ob es eine Broschüre für Bedürftige gibt, welche als Art Gesamtübersicht zur besseren Orientierung dienen könnte? Weiterhin fragt er, was es für Möglichkeiten gibt, kurzfristig in Reform und Neue Neustadt zu helfen?.

Zur ersten Frage antwortet Herr Piel (DRK), dass eine solche Publikation bereits auf den Weg gebracht wurde und ein entsprechendes Schreiben an das Sozialamt geschickt wurde.

Zur zweiten Frage sagt Frau Fahtz (AQB), dass man erstmal in den angefragten Stadtteilen aus dem Auto heraus Tüten mit Lebensmitteln verteilen könnte. Diese Beutel sind sehr wichtig für die Aufrechterhaltung der Selbstversorgung der BürgerInnen. Auch können sich Jugendeinrichtungen oder Altenheime gern an die AQB, zwecks einer Belieferung mit Lebensmitteln oder Unterstützung vor Ort, wenden.

Frau Beier sagt, dass die Bedarfe unbedingt geprüft werden müssen und macht den Vorschlag, dass sich der Ausschuss halbjährlich mit dieser Thematik befasst, um die Probleme nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Bork macht den Vorschlag, über die Ergebnisse dieser Sitzung eine Pressemitteilung zu verfassen und zu veröffentlichen. Auch kann man so auf die Verteilung der Lebensmittel in Reform und Neue Neustadt aufmerksam machen sowie die BürgerInnen von Magdeburg aufrufen, alte Möbel in den Wertstoffhof zu bringen usw.

Zum Abschluss bedankt sich Frau Huhn bei allen VertreterInnen der einzelnen Verbände für die Informationen und die anregende Diskussion.

6.2. Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zur
gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen
Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2005

Frau Sapandowski gibt eine kurze Einführung zum Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) 2005.

Ergänzend zum Bericht sagt Frau Sapandowski:

- Es besteht ein großes Interesse der MitarbeiterInnen an dieser Arbeit.
- Durch eine gute Zusammenarbeit gibt es kein Informationsdefizit.
- Der regelmäßig stattfindende Austausch unter Fachleuten ist sehr hilfreich.
- Es wurde eine Broschüre „Wegweiser“ für psychisch Kranke und Suchtkranke entwickelt oder erstellt.
- Es findet eine optimale Zusammenarbeit statt.
- Mittlerweile wird die Frage diskutiert, ob die AG in einen Gemeinde-Psychiatrischen-Verbund übergehen sollte. Die Entscheidung hierzu ist noch offen.
- Die Primärpräventionsarbeit hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Hier besteht mehr Bedarf!
- Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen ist ein großer Schwerpunkt, wie auch der hohe Bedarf bei der Pflege von Demenzkranken
- Es besteht ein hoher Bedarf an „niedrig schwelligen“ Angeboten.
- Die Kooperationsbeziehungen mit den Hausärzten muss weiter ausgebaut werden.
- Die MitarbeiterInnen der ARGE brauchen Fortbildungen über die Verbände zum Beispiel.

Herr Dr. Hildebrand sagt:

- Die Stellungnahme S0184/06 zu dem Bericht der PSAG wird am 07.12.2006 im Stadtrat behandelt.
- Die Mitglieder des Ausschusses sollten gemeinsam überlegen, was vorantreibend getan werden kann.
- Die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit sollte berücksichtigt werden.
- Der Ausschuss sollte dieses Thema regelmäßig aufgreifen.
- Es müssen Niederlassungschancen für Kinder- und Jugendpsychiater geschaffen werden.
- Der Ausschuss sollte prüfen, wie das Sozialamt unterstützt werden kann.

Frau Beier sagt zuerst, dass sie sehr erschüttert über die Entwicklung im jugendlichen Bereich und Altersbereich (Demenz) ist. Sie unterbreitet den Vorschlag, diesen Bereich in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Auch müssen zukünftig die Bedarfe für diese Arbeit vorgehalten werden. Es ist außerdem erforderlich, für die Zukunft auch einen geschlechtsspezifischen Bericht zu erstellen. Die Bedarfe an psychologischer Betreuung sind auch der Interventionsstelle im Frauenhaus sowie im Asylbewerberheim sehr groß. Auch Frau Beier spricht sich für den Vorschlag aus, diese Thematik regelmäßig im Ausschuss aufzugreifen.

Frau Huhn merkt dazu an, da dieser Bericht so umfassend ist und die Themenbereiche so vielschichtig sind, ist es sinnvoll einzelne Segmente herauszugreifen und einzeln im Ausschuss zu diskutieren.

Frau Schumann äußert, dass es auch wichtig wäre, diesen Bericht im Bildungsausschuss diskutieren zu lassen.

Frau Paqué sagt, dass es wichtig ist ein Augenmerk auf die Senioren, die Demenz betreffend, zu legen. Eine ambulante Versorgung dieser kranken Menschen ist schier unmöglich.

Herr Pischner merkt an, dass viele Behinderte von den Mitarbeitern (ARGE) auch sehr oft falsch beraten werden, weil die Qualifikation oder Fortbildung fehlt. Das ist ein offensichtliches Manko, welches es auszugleichen gilt.

Abschließend wird folgendes festgelegt:

- Prüfantrag an den OB stellen bezgl. von Weiterbildungen der MitarbeiterInnen der ARGE
- Diese Beschlussvorlage wird das Amt für Gleichstellungsfragen formulieren und dem Ausschuss am 12.12.06 zum Beschluss vorlegen.
- Der FuG-Ausschuss empfiehlt dem Oberbürgermeister den Bericht 2005 der PSAG zur Drucksache zu erklären, um diesen Bericht an alle Ämter und Fachbereiche bzw. entsprechende Ausschüsse weiterzuleiten. Ziel ist es, Stellungnahmen und Anregungen von den Ämtern und Fachbereichen zu erhalten.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

Frau Huhn bedankt sich bei Frau Sapandowski für die umfangreichen und sehr aufschlussreichen Informationen.

7. Verschiedenes

Frau Huhn bittet um Abstimmung, den Beginn der Ausschusssitzungen in 2007 auf 16.30 Uhr vorzuverlegen.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

Da Frau Frömert als stellvertretende Vorsitzende nicht mehr zur Verfügung steht (Wechsel in einen anderen Ausschuss), muss für diese Position ein neues Mitglied des Ausschusses gewählt werden. Vorgeschlagen wird Herr Dr. Hildebrand.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

Somit dürfen wir Herrn Dr. Hildebrand als neuen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden begrüßen. Herzlichen Glückwunsch!

Frau Paqué möchte gern mehr über ausländische Senioren in Magdeburg erfahren. Sie schlägt vor, dass der vorliegende Bundesfamilienbericht auf Senioren in der Landeshauptstadt Magdeburg aufgesplittet werden könnte. Eine Einladung des Seniorenbeauftragten zur Ausschusssitzung im Januar 2007 wäre sinnvoll.

Magdeburgpass:

Frau Bork hat in Erfahrung gebracht, dass es ab Januar 2007 möglich wäre, den Magdeburgpass bereits im Januar zu bekommen, wenn Verpflichtungsermächtigungen vorgelegt werden. D. h. die Zahlung der fixen Kosten (Mieten, Betriebskosten usw.) könnten dadurch garantiert werden.

Der Ausschuss beauftragt das Amt für Gleichstellungsfragen mit der Klärung des Sachverhaltes mit den zuständigen Ämtern sowie mit der Formulierung eines Prüfantrages zur Problematik „Magdeburgpass“ zur Einreichung in den Stadtrat.

Frau Huhn bedankt sich bei allen Anwesenden, wünscht noch einen angenehmen Abend sowie einen guten Nachhauseweg.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Köppe
Schriftführerin